

NEUES DENKEN

## Warum wir protestieren



Ausschnitt aus dem G-8-Protestlogo der Londoner. Der Gipfel ist kommende Woche in Nordirland – aus gutem Grund  
Foto: @ProtestG8

Es ist völlig normal, dass sehr viel weniger Menschen gegen einen oberflächlichen G-8-Gipfel protestieren als gegen soziale Kürzungen, die den Durchschnittsmenschen viel direkter betreffen. Viele Menschen, die normalerweise auf die Straße gehen würden, sind angesichts des fast schon unüberschaubaren Ausmaßes der von den G-8-Staaten und ihren Organen verursachten Probleme apathisch geworden. In einer unmöglichen Schlacht bleiben viele Leute eher zu Hause, als sich dem Risiko von Tränengas und Straßenschlachten auszusetzen.

Bei Protesten gegen die G 8 geht es weniger darum, Veränderungen herbeizuführen, als um den Nachweis, dass der Weg von kapitalistischer Stabilität zu dramatischem Wandel sehr kurz ist. Unter der dünnen Fimis der Stabilität tickt eine Zeitbombe. Die Leute sind angepisst, und zwar zu Recht. Der G-8-Gipfel und auch die Proteste dagegen sind lediglich Theater. Aber wir wollen in diesem Theater nicht die Bösen spielen.

Werauch immer beschloss, den G-8-Gipfel in Nordirland abzuhalten, wusste genau, was er tat. Dass es hier immer noch militante Republikaner gibt, legitimiert gigantische Sicherheitsausgaben. Würde der Gipfel in London stattfinden, gäbe es viel größere Proteste. Die Straßen würden brennen wie in Istanbul.

In Städten kann man sich verstecken und Aktivisten können Katz und Maus mit der Polizei spielen, nicht Raubvogel und Maus, wie es in Nordirland sein wird. Die Sicherheitsdienste wissen das. Der G-20-Gipfel in Toronto vor drei Jahren war wohl der letzte dieser Art in einer größeren Stadt. Irgendwann werden die Machthaber so viel Angst bekommen, dass sie die Gipfel ganz absagen.

Der Autor ist einer der Organisatoren der Proteste gegen den G-8-Gipfel in Großbritannien und bleibt auf eigenen Wunsch anonym.

**NACHGEHAKT** Ein G-8-Hungergipfel in London hat die auch in der taz publizierten Vorschläge von Björn Lomborg im Kern gebilligt

## Umstrittene Rezepte gegen die Unterernährung

BERLIN taz | Der vor einer Woche hier publizierte Appell des Dänen Björn Lomborg zur Bekämpfung von Unterernährung war zum G-8-„Hungergipfel“ mit dem Titel „Nutrition für Growth“ (Ernährung für Wachstum) terminiert, der am 7. Juni in London stattfand. Lomborg hatte ausgerechnet: 2,3 Milliarden Dollar jährlich zur „Bereitstellung von Spurennährstoffen, Zusatznahrung, Wurm- und Durchfallbehandlung, Programme zur Ver-

haltensänderung“ könnten „chronische Unterernährung in Entwicklungsländern um 36 Prozent verringern“ – das sei die kosteneffektivste Methode zur Hungerbekämpfung.

Die Gipfelerklärung verpflichtet nun die Teilnehmer unter anderem, bis 2020 mindestens 500 Millionen Schwangere und Kleinkinder mit verbesserter Nahrung zu erreichen. Das „Recht auf ausreichende Nahrung“ solle „allmählich reali-

siert“ und „wissenschaftliche Erkenntnisse und Innovationen“ sollen in „Politik und Praxis integriert“ werden. Jährliche Evaluierungen sind geplant, ein Folgegipfel 2016. Im Einzelnen verweisen die Dokumente auf exakt jene Art von Interventionen, die auch Lomborg vorgeschlagen hat. Zahlreiche Regierungen von Entwicklungsländern, Hilfsorganisationen, zivilgesellschaftliche Gruppen und Unternehmen tragen die Erklärung mit.

Unumstritten ist all dies nicht. Da Lomborg auch genveränderte Nahrungsmittel gutheißt, lehnen manche Gegner der Gentechnik seine Vorschläge grundsätzlich ab. Zugleich zirkuliert der Vorwurf, die G-8-Staaten förderten mit ihrer „Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika“ (AGRA) die globale Agrarindustrie. Dass der Londoner Gipfel in der Konzernzentrale von Unilever stattfand, stützt diesen Verdacht. „Am Herzen der Interven-

tionen von AGRA und G 8 stehen die Öffnung von Märkten und die Schaffung von Räumen für Multinationale“, kritisiert ein Zusammenschluss afrikanischer Bauernverbände.

Aktivisten sind gespalten. Die World Development Movement kritisiert den Gipfel als „unternehmensgesteuert“. Zu den Trägern der Gipfelerklärung gehören die Hilfswerke Oxfam, Christian Aid und Save the Children.

DOMINIC JOHNSON

### Der G-8-Gipfel

■ **Wer?** USA, Kanada, Japan, Großbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland und Russland waren einmal die führenden Industrienationen. Heute befinden sie sich noch irgendwo an der Spitze. Trotzdem: Die Staats- und Regierungschefs kommen weiter zusammen, diesmal Anfang kommender Woche (17./18. Juni) am Lough Erne in Nordirland. Es ist schließlich schon das 39. Treffen des Kreises.

■ **Was?** Der Kampf gegen Steueroasen und Steuerflucht ist nur eines der bestimmenden Themen auf der Konferenz. Daneben wird der Bürgerkrieg in Syrien eine wichtige Rolle spielen – US-Präsident Barack Obama hat eben verlauten lassen, für ihn sei in dem Konflikt die rote Linie überschritten. Für Zündstoff dürfte auch die ultralockere Geldpolitik sorgen, die derzeit die Märkte rund um den Globus verunsichert.

■ **Wohin?** Spektakuläre Beschlüsse zeichnen sich bisher nicht ab. Der Gipfel gilt vor allem als Vorbereitungstreffen für den G-20-Gipfel im September in St. Petersburg.

### Sven Giegold

■ 43, ist Mitglied der Grünen im Europäischen Parlament und dort im Ausschuss für Wirtschaft und Währung. Er ist Mitbegründer von Attac Deutschland und des Tax Justice Networks, einer Organisation, die sich für Steuergerechtigkeit einsetzt.



Foto: Marc Beckmann

**DIE FORDERUNG** Privatpersonen ist steuerlich klar beizukommen. Bei Firmen hingegen fehlt noch viel – und die Transaktionssteuer ist in Gefahr

## Steuerflucht wird schwieriger

VON SVEN GIEGOLD

Es ist zu schön, um wahr zu sein. Nach jahrelangen Kampagnen für Finanztransaktionssteuer und die Schließung von Steueroasen kommt endlich Bewegung in die Sache. Das Fass zum Überlaufen brachte der Offshoreleaks-Skandal, der den Regierungen in Deutschland und Großbritannien gewaltig in die Wahlkampfparade fuhr. Beide konservativ-liberalen Koalitionen waren bisher nicht durch gerechte Steuerpolitik aufgefallen.

Seit einigen Monaten sind die Regierungsverbände OECD, G 8, G 20 und EU so aktiv wie nie im Kampf gegen Steuerflucht und aggressive Steuermeidung von Großunternehmen. Beim genaueren Hinsehen wird jedoch deutlich, dass es bei der Schließung von Steueroasen für Privatpersonen deutlich besser vorangeht als bei den dreisten Steuerschiebereien transnationaler Unternehmen.

Der privaten illegalen Steuerflucht ist vergleichsweise einfach beizukommen: Erträge von steuerlichen Ausländern müssen an die Finanzämter der Heimatländer automatisch gemeldet werden. Wenn dann noch die Identitäten der Eigentümer von Schattenfirmen, wirtschaftlich Begünstigten von Stiftungen und Lebensversicherungen, Trusts und anderen Verschleierungskonstruktionen grenzüberschreitend transparent werden, ist der Spuk mit der Steuerflucht rasch beseitigt. Alle Staaten können dann ihr Steuerrecht wieder souverän auf alle Einkünfte ihrer BürgerInnen anwenden und so auch progressive Steuersätze auf hohe Kapitaleinkommen erheben.

Es wäre jedoch naiv, dabei auf ein Einsehen der Steueroasenländer zu vertrauen, die ihre Souveränität als Steuerhafen für Vermögende aus aller Welt feilbieten. Seit den 1920er Jahren und den ersten Verhandlungen zum Bankgeheimnis im Rahmen des Völkerbunds blockieren die Schweiz und ihre fiskalischen Zauberlehrlinge jeden ernstlichen Fortschritt.

Das Zauberwort zur Durchsetzung der internationalen Kooperation lautet: FATCA. Mithilfe des „Foreign Account Tax Compliance Act“-Abkommens haben die USA den Hebel nicht bei den sturen Staaten, sondern bei den Banken angesetzt. Wer mit den USA und seinen BürgerInnen als Finanzdienstleister Geschäfte machen will, muss grenzüber-



Ein Wurmloch aus der Physik: Was hindurchgeht, taucht in einem anderen Universum wieder auf, wie beim Steuerloch Foto: Mark Garlick

*Seit den 1920er Jahren blockieren die Schweiz und ihre fiskalischen Zauberlehrlinge jeden wirklichen Fortschritt*

schreitend Steuerdaten liefern oder eine saftige Strafe zahlen.

Erst seit dieses Gesetz in Kraft ist, sind auch Luxemburg, die Schweiz, Österreich & Co in internationalen Institutionen bereit, ihr Bankgeheimnis nicht mehr durch Steuerausländer missbrauchen zu lassen. Die Verhandlungen laufen auf allen Ebenen, und es sieht gut aus, dass der automatische Informationsaustausch zum internationalen Standard wird. Dabei gilt es nun wachsam zu bleiben, dass so wenige Schlupflöcher wie möglich bleiben und der Datenschutz gewahrt wird.

Viel schwieriger ist die Lage bei den Maßnahmen gegen aggressive, aber legale Steuermeidung von transnationalen Konzernen. Hier genügt es nicht, Informationen auszutauschen. Staaten müssen sich vielmehr

auf Regeln einigen, wer bei verflochtenen Unternehmen das Besteuerungsrecht auf welches Einkommen hat. Das greift tief in die Souveränität von Staaten ein. Wie arm sich Konzerne rechnen können, haben Amazon, Google, Starbucks & Co hinlänglich bewiesen. Doch ganz einfache Antworten gibt es darauf nicht.

Gerade in der EU müssen Mitgliedsländer bereit sein, die Regeln zur Berechnung ihrer Steuerbasis anzugleichen. Das wird aber nicht genügen. Auch Mindeststeuersätze auf Unternehmensgewinne sind notwendig, um dem Steuerstreben Einhalt zu gebieten. Dabei können diese Mindeststeuersätze in ärmeren Staaten niedriger sein als in reichen, da sie ja auch weniger Bildung, Infrastruktur und Sicherheit für die Investoren bieten.

Doch davon sind wir noch weit entfernt, denn die Ideologie von der segensreichen Wirkung des Steuerwettbewerbs ist noch tief verankert, auch in unserer Bundesregierung. Dabei ist doch offensichtlich, dass offene Grenzen auch gemeinsame Regeln für alle Wettbewerber brauchen. Ohne Kampagnen der Zivilgesellschaft und Konfliktbereitschaft geschädigter Staaten werden große Fortschritte kaum durchsetzbar sein.

Tragisch waren die letzten Wochen für die Finanztransaktionssteuer. Nachdem elf Staaten sich in der EU zusammengetan haben, um die Steuer in einer „verstärkten Zusammenarbeit“ in der EU einzuführen, steckt nun der Teufel im Detail. Kaum ein Tag vergeht, an dem die Finanzindustrie und von ihnen bezahlte Spindoktoren und Studien-schreiber nicht neues Störfeuerwerk entzünden. Viele Gegner der Steuer haben nun die Strategie gewechselt und verlangen dreiste Ausnahmen – wohl wissend, dass wesentliche Ausnahmen wie auf Derivate, Investmentfonds & Co der Tod der Steuer sind, weil sie dann mithilfe von Finanzalchemie leicht umgehbar wird. Gut möglich, dass die Finanzindustrie Erfolg haben wird und die Spekulationssteuer zu einer Ministeuern auf wenige Finanzprodukte geschrumpft wird.

Daher dürfen die Freunde der Finanztransaktionssteuer dem Treiben der Lobby nicht länger tatenlos zusehen. Die Unterstützer in Regierungen und Parlamenten werden es allein nicht schaffen. Der Zivilgesellschaft will man zurufen: Rettet die Finanztransaktionssteuer! Fahrt die Kampagnen wieder hoch!

ANZEIGE

**Karma Konsum NEWSLETTER**

DIE WÖCHENTLICHE INSPIRATION FÜR EIN GESUNDES UND NACHHALTIGES LEBEN

Jetzt kostenlos abonnieren: [www.karmakonsum.de/news](http://www.karmakonsum.de/news)